

Südkoreas Innenpolitik 2005/2006: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Überblick 2005/2006

Das Jahr 2005 endete für Präsident Roh Moo-hyun mit deutlichen Anzeichen innenpolitischer Schwäche: Das Parlament verabschiedete zwar den Haushalt 2006 mit 162 von 163 Stimmen – aber die größte Oppositionspartei boykottierte die Sitzung. Zum ersten Mal wurde ein Haushalt ohne die Stimmen der Opposition beschlossen. Mit den eigenen Stimmen (144) hätte die Uri den Haushaltsentwurf nicht durchbringen können, erst mit Hilfe dreier kleinerer Oppositionsparteien konnte das Quorum von 150 der 299 Sitze im Parlament erreicht werden (Yonhap/Internet, 30.12.06). Die Grand National Party/GNP war den Sitzungen ferngeblieben wegen eines geplanten Privatschulgesetzes, das die Uri im Dezember 2005 durchgepeitscht hatte. Danach muss ein Viertel der Aufsichtsgremien in Privatschulen mit Persönlichkeiten außerhalb der privaten Schulen besetzt werden, befürchtet wird ein „Zugriff“ der Gewerkschaften mit ihren „linken Ideen“ auf die Privatschulen. Die GNP begann sofort mit einem Boykott des Parlaments (Yonhap/Internet, 3.1.06). Schon während des Jahres war Roh mit wichtigen Vorhaben gescheitert: Einen Vorschlag, mit der GNP eine große Koalition zu bilden, bezeichnete er später selbst als Fehler (Yonhap/Internet, 6.1.06), nachdem die GNP-Chefin Park Geun-hye den Vorschlag brüsk als „Verschwörung“ abgelehnt hatte; die GNP sorgt sich immer noch um Pläne, anstelle des Präsidialsystems ein Kabinettsystem zu schaffen – Pläne, die Roh zugeschrieben werden (Yonhap/Internet, 6., 7.9.05). Sein Plan, große Teile von Ministerien und Verwaltungseinrichtungen aus der Hauptstadt zu verlegen, wurde dagegen zwar 2004 vom Obersten Gerichtshof gekippt, 2005 aber in weiten Teilen bestätigt. Hier könnte man durchaus von einem Erfolg für Roh sprechen: 12 der 18 Ministerien und hunderte von Zentralbehörden dürfen nach Yeongi-Kyongju in der Provinz Chungcheong verlegt werden (ca. 160 km südlich von Seoul). Der Umzug soll 2012 beginnen, aber Schlüsselressorts und -institutionen verbleiben in Seoul, darunter das Blaue Haus, das Außen-, das Verteidigungs- und das Wiedervereinigungsministerium, auch das Parlament und Obergerichte werden nicht verlegt; Seoul bleibt in

jedem Fall Hauptstadt (*Asian Wall Street Journal/AWSJ/Internet*, 24.11.06; *Straits Times/ST/Internet*, 25.11.05).

2 Soziale Proteste 2005/2006

Eine Reihe von Streiks und andere schwere Auseinandersetzungen um politische Entscheidungen der Regierung prägten das Jahresende 2005 und das Frühjahr 2006. Dabei spielte es kaum eine Rolle, dass die Gewerkschaften gerade wegen ihrer militanten Einstellung zunehmend an Rückhalt in der Öffentlichkeit verlieren – ihr Kampf gegen viele Regierungsentscheidungen ist oft genug populär. Das galt besonders für den Plan der Regierung, gesetzlich die befristete Einstellung von Arbeitskräften zu ermöglichen; Koreas Gewerkschaften befürchten ein Aufbrechen der üblichen Beschäftigungsgarantie und eine zusätzliche soziale Schwächung der nicht ständig Beschäftigten. Andererseits sinkt der Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft, er beträgt jetzt nur noch rund 11%, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Bedrohung der privilegierten Festangestellten durch billige Teilzeitkräfte oder befristet Beschäftigte zu erklären ist, die einen immer größeren Anteil der Beschäftigten stellen und sich nicht durch die Gewerkschaften vertreten fühlen – mit Recht. Schon im November hatten 10.000 militante Gewerkschafter gegen den Schutz der Zeitarbeiter demonstriert, es kam jedoch nicht zu Zwischenfällen (*AWSJ/Internet*, 20.11.05). Die Gewerkschaften kündigten für April 2006 einen Generalstreik an, wenn die Regierung das Gesetzesvorhaben nicht abmildere. An der Spitze eines Generalstreiks im April stand die Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), die als größte Gewerkschaftsdachorganisation 600.000 organisierte Arbeiter in 742 Organisationen vertritt – der geplante Generalstreik verhalf nicht zum gewünschten Erfolg (*Yonhap/Internet*, 2.4.06).

Ähnlich militant wie die Gewerkschaften sind Südkoreas Bauernverbände: Im November 2005 ging es um die langsame Öffnung des koreanischen Reismarktes, der das Parlament nach langen Verhandlungen mit den USA, China, Thailand und sechs anderen Reis erzeugenden Ländern zugestimmt hatte. Am 15. November gingen 10.000 Bauern auf die Straße in Seoul und lieferten sich brutale Straßenschlachten mit der Polizei, dabei kamen zwei Bauern um (*AWSJ/Internet*, 15.11., 28.12.05). Südkoreas Bauern fürchten um ihre Existenz, da ausländischer Reis deutlich billiger ist. Am 23. November demonstrierten noch einmal Tausende Bauern, teilweise mit Straßenblockaden, gegen die Ratifizierung des Reisabkommens. Demonstrationen gegen WTO-Konferenzen (Hongkong, Busan) waren ebenfalls geplant (*AWSJ/Internet*, 24.11.05). Im Parlament kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Uri- und GNP-Abgeordneten (*International Herald Tribune/IHT/Internet*, 24.11.05).

Im Dezember hatten die Piloten der Korean Air einen Streik für höhere Gehälter begonnen, der den südkoreanischen Luftverkehr praktisch zum Erliegen brachte, nachdem rund 80% der 1.344 organisierten Piloten die Arbeit niedergelegt hatten. Die Regierung drohte den Streikenden sehr schnell mit Zwangsschlichtung, sollten sie nicht auf Kompromissangebote eingehen, sie wertete die Gehaltsforderungen der

Piloten als überzogen (Yonhap/Internet, 9.12.05). Nach der südkoreanischen Arbeitsgesetzgebung kann der Arbeitsminister das Ende eines Streiks in Sektoren anordnen, die als strategisch wichtig für das Land angesehen werden, es folgt dann eine Abkühlungsphase (Yonhap/Internet, 11.12.05). Die streikenden Piloten hatten eine Gehaltsanhebung um 6,5% gefordert; nach dem Streikverbot durch die Regierung wurde schließlich eine Anhebung um 2,5% angeordnet (AWSJ/Internet, 11.1.06).

Im März 2006 gingen die Beschäftigten der südkoreanischen Eisenbahnen auf die Straße – trotz eines Streikverbots. Die staatlichen Eisenbahnen (KORAIL) und die Gewerkschaften konnten sich nicht auf Arbeitsbedingungen und die Wiedereinstellung entlassener Mitarbeiter einigen, darauf verbot der Arbeitsminister den Streik. 16.388 KORAIL-Arbeiter beteiligten sich an dem illegalen Streik, während Tausende nicht organisierte Arbeiter, Soldaten und pensionierte Mitarbeiter den Eisenbahnbetrieb zu ca. 50% aufrecht erhielten. Die Gewerkschaften lehnten die Zwangsschlichtung ab, da sie darin eine widerrechtliche Beeinträchtigung ihrer Arbeitsrechte sahen (Yonhap/Internet, 1.3.06). Gegen Ende des Streiks hatte die KORAIL bereits 2.244 Gewerkschaftsaktivisten vorübergehend entlassen und der Arbeitskampf schwächte sich deutlich ab (ST/Internet, 4.3.06).

Tausende von Polizisten und Bereitschaftspolizei sowie Militäreinheiten mussten eingesetzt werden, um Grundstücke nahe Seoul zu räumen, die für die neuen US-Basen vorgesehen sind; 117 Polizisten und 93 Bauern wurden verletzt. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen mussten durch die Regierung enteignet werden, um Raum für die Basis zu schaffen, nachdem die USA eine Verlegung ihrer rund 30.000 Soldaten aus Seoul und anderen Standorten angekündigt hatten. Südkoreas Regierung sah das Bündnis mit den USA bedroht und ging deshalb mit großer Härte gegen die Widerständler vor, zu denen sich auch Studenten und katholische Priester gesellt hatten. Im Rahmen eines Abkommens von 2004 zwischen Südkorea und den USA werden die US-Basen unmittelbar an der Demarkationslinie und das US-Hauptquartier in Seoul verlegt; neues Zentrum sollen die 1.100 ha in der Nähe des Dorfes Daechuri (70 km südlich von Seoul) werden. Nahebei gibt es bereits eine US-Basis (Yonhap/Internet, 4.5.06; IHT, 5.5.06).

3 Erstmals wird eine Frau Regierungschefin

Die sozialen Unruhen kosteten im März auch den damaligen Regierungschef Lee Hae-chan sein Amt: Während der heftigen Streiks spielte er unberührt eine Partie Golf mit (angeblich korrupten) Geschäftsleuten, was zu einem Aufschrei führte (AWSJ/Internet, 4.3.06). Lee musste schließlich zurücktreten (AWSJ/Internet, 14.3.06; Yonhap/Internet, 20.3.06). Präsident Roh verzögerte die Nominierung eines Nachfolgers um einige Tage; schließlich verringerte sich die Zahl möglicher Kandidaten auf zwei – darunter eine Frau. Der Uri-Vorsitzende Chung Dong-young hatte gegenüber dem Präsidenten die Nominierung von Frau Han Myung-sook dringend empfohlen. Ihr Gegenkandidat war ein Politikberater aus dem Präsidentenbüro. Mögliche Bewerber müssen sich vor dem Parlament einem scharfem Anhörungsver-

fahren stellen, was angesichts der Vorbehalte seitens der GNP für beide Kandidaten harte Zeiten bedeutet hätte (Yonhap/Internet, 21.3.06). Frau Han konnte sich schließlich durchsetzen: Am 19. April billigte das Parlament nach zweitägiger Anhörung den Vorschlag des Präsidenten mit 182 von 297 Stimmen – die Republik Korea hatte die erste Regierungschefin ihrer Geschichte. Nach Goh Kun und Lee Hae-chan ist Frau Han die dritte Persönlichkeit an der Spitze der südkoreanischen Regierung unter Präsident Roh Moo-hyun (Yonhap/Internet, 19.4.06; AWSJ/Internet, 19.4.06).

Zentrales Ereignis im Frühjahr 2006 waren die Kommunal- und Regionalwahlen, die zu einer Katastrophe für Roh Moo-hyuns Regierungspartei Uri und zu einem Triumph für die oppositionelle GNP wurden. Die Ergebnisse stellten ein klares Misstrauensvotum gegen den Präsidenten und seine Partei dar. Drei zentrale Punkte der Politik Rohs waren unmittelbar ausschlaggebend für das katastrophale Abschneiden der Uri-Kandidaten: 1. die nachgiebige Nordkorea-Politik, 2. die Gefährdungen im Bündnis mit den USA und 3. die feindselige Haltung gegenüber dem Nachbarn Japan. In Washington, Tokyo und Pyongyang wurden die Wahlergebnisse als Barometer für die kommenden Präsidentenwahlen im Dezember 2007 gewertet: Die „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea schien gescheitert, die Aussicht auf verbesserte Beziehungen zu den USA und Japan scheint durch den Sieg der GNP eröffnet. Während des Wahlkampfes wurde die GNP-Chefin Park von einem Betrunkenen verletzt, konnte aber nach neun Tagen das Krankenhaus wieder verlassen (Yonhap/Internet, 29.5.06). Der Sieg der GNP war überwältigend: Die GNP gewann 12 von 16 Gouverneurs- und Oberbürgermeisterposten von Großstädten, darunter Seoul, wo die Kandidatin der Uri abgeschlagen landete, die gesamte Hauptstadtregion fiel an die Opposition; teilweise erreichte die GNP doppelt so viele Stimmen wie die Uri. Die GNP gewann auch in den Hafenstädten Ulsan und Busan, die kleine Demokratische Partei brachte zwei Kandidaten für Gouverneursposten durch. Die GNP schnitt nur in der südwestlichen Region (Cheolla-Provinzen) schlecht ab – hier ist die Heimat des früheren Präsidenten Kim Dae-jung (AWSJ/Internet, 5.6.06). Es waren natürlich nicht nur außenpolitische Probleme, die zur Niederlage der Uri beitrugen: Roh musste eine gescheiterte Reform des Erziehungssystems verantworten, das Wirtschaftswachstum sank 2005 auf 4% gegenüber knapp 5% im Vorjahr. Der wachsende Mittelstand reagierte erbittert auf steigende Wohnungspreise, obwohl Maßnahmen gegen die Spekulation eingeführt wurden – kurz: Die soziale Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Rohs Amtszeit weiter geöffnet (Balbina Y. Hwang, „Democracy Evolves in South Korea“, in: *Far Eastern Economic Review*, 7/8/2006: 33-36).

In der Niederlage liegt aber auch eine Chance für die Uri: Noch hat sie Zeit, sich durch innere Umgruppierungen auf die Präsidentenwahlen 2007 und die Parlamentswahlen 2008 vorzubereiten. Es gibt ein Vorbild: 2002 siegte die GNP in verschiedenen Regionalwahlen, verlor aber die Präsidentenwahl im selben Jahr (AWSJ/Internet, 5.6.06). Roh selbst wurde durch die Abwehr des Amtsenthebungsverfahrens gestärkt und kann trotz verstärkter demokratischer Tendenzen und eines

offenkundigen kritischen Bewusstseins in der Bevölkerung weiterhin wie ein „imperialer Präsident“ agieren (Hwang, a.a.O.: 34).

Die imperiale Pose zeigte sich bei Roh stets in der Personalpolitik, die immer wieder auf scharfe Kritik in den Reihen der Uri stieß (siehe unten). Für 2006 hatte der Regierungschef Lee Hae-chan im Namen des Präsidenten eine zweimalige Kabinettsumbildung angekündigt; bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war klar, dass Vereinigungsminister Chung (s.u.) und Gesundheits-/Wohlfahrtsminister Kim Geun-dae ihre Ämter niederlegen würden, um in die Uri zurückzukehren und sich dort konkurrierend um den Parteivorsitz zu bewerben (Yonhap/Internet, 28.12.05). Um im Dezember gegen die Ernennung eines „linken“ Uri-Abgeordneten zum Gesundheitsminister zu protestieren, blieben Uri-Funktionäre einem Essen mit dem Präsidenten fern, ein beispielloses Vorgehen in einer Gesellschaft, die streng auf Form achtet. Der bei der Regierungsumbildung im Januar als Minister vorgesehene Rhyu Si-min war wie Roh aktiv in der Opposition und hatte als Dissident im Gefängnis gesessen. Seine scharfe Rhetorik hatte ihm viele Feinde gemacht, auch in der eigenen Partei. Seine Ernennung gegen den erklärten Willen starker Kräfte in der Uri unterstrich die Entfernung des Präsidenten von seiner eigenen Partei und die zunehmende Zersplitterung in der Uri. Die Gegner des designierten Ministers befürchteten vor allem einen weiteren Popularitätsverlust, während Roh sich mit dem Kandidaten Rhyu eng verbunden fühlt, hatte er doch wie Roh als Dissident Haftstrafen verbüßt und war entscheidend an der Wahl Rohs zum Präsidenten beteiligt (AWSJ/Internet, 4.1.06; ST/Internet, 7.1.06). Roh musste sich gegen Vorwürfe aus der Uri zur Wehr setzen, er wolle Rhyu als Nachfolger aufbauen; Roh gab an, er wolle ihm „nur eine Chance geben“ (Yonhap/Internet, 11.1.06).

Selbstverständlich erhob auch die GNP Einwände gegen Personalentscheidungen, aber Roh setzte sich darüber hinweg. Im Februar 2006 ernannte er fünf neue Minister, deren Posten auf Grund eines Parlamentsboykotts der GNP wochenlang vakant gewesen waren, darunter einen neuen Wiedervereinigungsminister, dessen Ernennung die Opposition besonders kritisierte, da sie ihn für pronordkoreanisch hält. Die fünf Minister wurden nach einem neuen Bestätigungsverfahren bestellt: Der Präsident legt dem Parlament Ernennungsvorschläge vor, die das Parlament nach Anhörungen bestätigen muss; erfolgt anschließend die Bestätigung durch den Präsidenten, kann das Parlament kein Veto einlegen (AWSJ/Internet, 9., 10.2.06).

Bereits in parlamentarischen Nachwahlen vom Oktober 2005 hatte sich erneut gezeigt, wie tief das Ansehen der Uri gesunken war: Die Nachbesetzung von vier vakanten Mandaten stand an – die Uri gewann keinen einzigen Sitz; schon im April 2005 hatte die Uri in allen 23 regionalen und lokalen Nachwahlen verloren. Präsident Roh übernahm die Verantwortung für die Niederlagen im Oktober, verwies jedoch darauf, dass die Rückschläge weniger ein Ausdruck der öffentlichen Unterstützung für die GNP seien als vielmehr ein Signal der Enttäuschung wegen der wirtschaftlichen Schwäche des Landes und missglücktem politischem Management. Der Präsident betonte in einer Stellungnahme nach der Niederlage in den Regionalwahlen, er werde unbeirrt seine Politik fortsetzen; der Uri empfahl er „weitsichtige Geduld“ (AWSJ/Internet, 28.10.05; Yonhap/Internet, 1.6.06). Koreanische Medien

sagten bereits zu diesem Zeitpunkt eine Niederlage der Uri in den Wahlen vom Mai 2006 voraus und prognostizierten Gleiches auch für die Präsidentschaftswahlen 2007 (AWSJ/Internet, 16.2.06). Im Parlament kündigten sich durch die Erfolge der GNP nachhaltige Veränderungen an: Die Uri hatte seit den letzten Parlamentswahlen acht Sitze der vorher 152 Mandate eingebüßt und hatte Ende 2005 noch 144 Sitze, die GNP dagegen steigerte ihre Sitze im Parlament (299 Mandate) auf 127 (Yonhap/Internet, 26.10.05). Die Niederlage führte zu einem geschlossenen Rücktritt der Uri-Führung (AWSJ/Internet, 28.10.06). Interimparteichef wurde der Fraktionsvorsitzende (Yonhap/Internet, 30.10.06).

4 Kim Dae-jung reist nicht nach Nordkorea

Die bevorstehenden Regionalwahlen wirkten sich auch auf die Reisepläne des früheren Präsidenten (und Friedensnobelpreisträgers) Kim Dae-jung aus: Roh Moo-hyun hatte seinen Vorgänger persönlich gebeten, Nordkoreas Diktator Kim Jong Il einen Besuch abzustatten, nachdem anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft eine nordkoreanische Delegation in Seoul eine Einladung für Kim überbracht hatte (*Korea Herald*/Internet, 9.12.05). Der Norden hatte bis dahin bereits drei Mal den Expräsidenten eingeladen, wobei der private Charakter eines Besuches Kim Dae-jungs betont worden war (AWSJ/Internet, 20.12.05). Unter dem Druck der parlamentarischen Opposition, die Auswirkungen auf die Wahlergebnisse fürchtete, verschob Kim seinen für April geplanten Nordkoreabesuch auf den 27. Juni (AWSJ/Internet, 19.2., 14.6.06). Angesichts eines offenbar bevorstehenden Tests einer nordkoreanischen Langstreckenrakete verschob Kim dann seinen Besuch auf unbestimmte Zeit (AWSJ/Internet, 21.6.06).

Kim Dae-jung hatte nach seinem Amtsantritt seine beiden Vorgänger, die „Militärpräsidenten“ Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo, begnadigt, nachdem sie wegen Hochverrat und Meuterei zum Tode bzw. zu langer Haft verurteilt worden waren. Unter Roh Moo-hyun wurde Ende 2005 verfügt, dass beide Expräsidenten ihre staatlichen Ehrungen und Orden verlieren (sie hatten sich diese selbst verliehen ...). Damit dürfte endgültig ein Schlussstrich unter den Putsch von 1979 und die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwangju 1980 gezogen worden sein (AWSJ/Internet, 21.12.05).

5 Führungswechsel in der Uri-Patei

Im Februar 2006 wählte die Uri den früheren Minister für Wiedervereinigungsfragen, Chung Dong-young, zum neuen Chef der Partei. Beobachter leiteten daraus die Vermutung ab, er könnte einer der führenden Bewerber um die Präsidentschaft 2007 werden. Chung hatte im Dezember 2005 seinen Ministerposten niedergelegt, um sich wieder der Uri anzuschließen, deren Vorsitzender er schon einmal bis 2004 gewesen war (AWSJ/Internet, 30.12.06). Chung war vor seinem Amtsantritt 2004 TV-Nachrichtenredakteur, er gilt als enger Vertrauter des Präsidenten. In der Kampfabstimmung um den Parteivorsitz auf dem Uri-Kongress vom 18. Februar 2006 konnte

er sich gegen sieben Mitbewerber durchsetzen, darunter den früheren Gesundheitsminister Kim Geun-dae, der ebenfalls als aussichtsreicher Kandidat für die Bewerbung um die Präsidentschaft 2007 gilt. Chung erzielte zwar deutlich schlechtere Umfrageergebnisse als führende Politiker der GNP, aber die Uri hofft, dass er diese Rückstände in den kommenden Monaten aufholen kann. Die Wahlkatastrophe der Uri in den Kommunal- und Regionalwahlen vom Mai 2006 dürfte diesen Hoffnungen allerdings einen schweren Schlag versetzt haben (ST/Internet, 19.2.06). Die extrem schlechten Umfrageergebnisse für die Uri begründeten im Vorfeld den Wahlausgang: Die Uri lag kurz vor dem Parteitag bei nur 20% Zustimmung in der Bevölkerung (AWSJ/Internet, 16.2.06). Nach Bekanntwerden der katastrophalen Niederlage trat Chung Dong-young vom Posten des Uri-Vorsitzenden zurück (Yonhap/Internet, 1.6.06). Hier ergab sich eine Chance für seinen innerparteilichen Gegner Kim Geun-dae (Kim Kun-tae), der als Vorsitzender eines „Notkomitees“ aus 15 Mitgliedern die Partei wieder handlungsfähig machen sollte. Kim steht Staatspräsident Roh ebenfalls aufgrund biographischer Ähnlichkeiten nahe: Auch Kim wurde zweimal unter den autoritären Regimes inhaftiert (AWSJ/Internet, 9.6.06; Yonhap/Internet, 9.6.06).

Wie zerrissen die Uri innerlich ist und wie sehr Roh Moo-hyun selbst für diese Situation verantwortlich ist, zeigte sich im Januar 2006: Es gab Gerüchte, Roh habe angedeutet, er wolle die Partei verlassen, daraufhin brach Chaos aus. Führende Funktionäre und Roh selbst beschwichtigten und verwiesen darauf, eine solche Äußerung könne vielleicht in der Depression nach der Niederlage in den Nachwahlen vom August 2006 gefallen sein, der Präsident habe aber nicht die Absicht, die Uri zu verlassen. Beobachter werteten das Gerücht eher als Warnung an jüngere Uri-Politiker, die Roh wegen seiner Personalpolitik kritisiert hatten. Ein Uri-Sprecher interpretierte die möglichen Äußerungen Rohs als Kritik an der allzu großen gegenseitigen Abhängigkeit von Präsident und Partei (*Korea Herald*/Internet, 14.1.06).

6 Oppositionsparteien fusionieren

Mit dem Zusammenschluss der GNP mit der Vereinigten Liberalen Partei (ULD), die in den 1990er-Jahren von dem Altpolitiker Kim Jong-pil gegründet worden war, entsteht eine neue „parlamentarische Landschaft“. Die ULD hatte einst 50 Sitze, und Kim war eine entscheidende politische Kraft, die sich auf seine regionale Hochburg im Nordosten stützte. Zuletzt hatte die ULD nur noch einen Sitz im Parlament mit seinen 299 Mandaten, aber die Entscheidung zur Fusion kann bedeuten, dass die GNP den Nordosten (einst Hochburg der ULD) gewinnen kann, wo sie stets Schwierigkeiten hatte. Parteien in Südkorea kommen und gehen, bisher zählte man über 100 Parteien, so hat die GNP in den vergangenen zwanzig Jahren allein viermal den Namen gewechselt (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.3.06).

Die GNP hatte bereits im November 2005 in Vorbereitung der anstehenden Wahlen Führungspositionen umbesetzt. Der Umbesetzung war eine Satzungsänderung vorausgegangen, deren Grundlage der Rücktritt von 20 Führungspersonlichkeiten war. Die beiden zentralen Umbesetzungen waren die Ernennung eines frühe-

ren Nachrichtenredakteurs beim TV-Sender KBS, der die scharfzüngige Sprecherin der Partei ersetzte, der Parteichefin Park Geun-hye wurde ein neuer Generalsekretär zur Seite gestellt (Yonhap/Internet, 21.11.05). Ihre Position wurde erschüttert, als eben dieser Generalsekretär wegen sexueller Belästigung einer Journalistin der *Dong-A Ilbo* seinen Posten aufgeben und die Partei verlassen musste (AWSJ/Internet, 28.2.06). Zwar entschuldigte sich Frau Park umgehend, aber vorübergehend schien die Regionalwahl vom Mai in Gefahr – die Ergebnisse aber zeigten dann Entwarnung für die GNP.

7 Positionierungen für die Präsidentenwahl 2007

Vor dem Hintergrund schwerer Verluste der Uri in den Wahlen 2005 und 2006 beginnen sich auf Seiten der Opposition mögliche Kandidaten zu positionieren. Während für den vormaligen Uri-Chef Chung Dong-young im Regierungslager gegenwärtig die besten Aussichten bestehen, als Kandidat antreten zu können, ist auf Seiten der Opposition noch alles offen. Chancen der GNP liegen in der Enttäuschung der Wähler wegen der schleppenden Wirtschaftsentwicklung, die von einigen Beobachtern der „interventionistischen Politik Rohs zugunsten der Gewerkschaften“ angelastet wird; auch die gestörten Beziehungen zu den USA und Japan belasten die Aussichten jedes Uri-Kandidaten. Demgegenüber kann die GNP mindestens zwei aussichtsreiche Bewerber aufbieten: die Tochter des früheren Präsidenten Park Chung-hee, Park Geun-hye, und den überaus beliebten vormaligen Bürgermeister von Seoul, Lee Myung-bak. Frau Park legte im Juni 2006 den Vorsitz der GNP nieder, um sich ganz auf die Präsidentenwahl vorzubereiten. Lees Amtszeit als Bürgermeister endete am 30. Juni, auch er ist jetzt frei, in den Wahlkampf zu ziehen. Frau Park hat bisher nicht offiziell ihre Kandidatur bekannt gegeben, aber ihr Schritt ist ein klares Signal: Die Parteisatzung der GNP schreibt vor, dass ein möglicher Bewerber oder eine mögliche Bewerberin eineinhalb Jahre vor der Präsidentenwahl alle Parteiämter niederlegen muss. In der gegenwärtigen Beliebtheitskurve liegt Frau Park mit 24% knapp hinter dem früheren Regierungschef Goh Kun mit 27% und vor dem vormaligen Bürgermeister Seouls mit 22% (Yonhap/Internet, 15.6.06). Frau Park wird von ihrem Familienhintergrund profitieren können, denn der frühere Diktator Park Chung-hee wird heute eher positiv gesehen. Lee dagegen gilt als „Macher“ mit einem soliden Wirtschaftshintergrund aus seiner Zeit bei Hyundai. Beide Kandidaten haben den Nachteil, dass die GNP als elitär und korrupt gilt. Andererseits hat eine erneute Einmischung Nordkoreas in den beginnenden Wahlkampf der GNP genutzt: Die Äußerung eines nordkoreanischen Funktionärs, der Norden werde Südkorea in „Flammen des Krieges“ hüllen, wenn ein GNP-Kandidat gewinnen sollte, kann gerade dieser Partei nur helfen (*Newsweek*, 3.-10.7.06: 36/37). Auch in frühere Präsidentenwahlkämpfe hatte sich die nordkoreanische Führung eingemischt und teils wüste Drohungen ausgestoßen; der Grund liegt auf der Hand: Ein Sieg eines konservativen Kandidaten würde mit Sicherheit das Ende der nachgiebigen „Sonnenscheinpolitik“ und eine härtere Linie gegenüber dem Norden bedeuten (Yonhap/Internet, 18.6.06).

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-331-6

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2006

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Redaktionsassistentz: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2006. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2006. – 181 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-331-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
GIGA GERMAN INSTITUTE OF GLOBAL AND AREA STUDIES
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.giga-hamburg.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.giga-hamburg.de/iz) eingegeben.